

zurück, die den fortgesetzten Angriffen gegen den Reichswehraminister Dr. Gessler dadurch ein Ende bereiten wollte, daß sie die fast täglich erhobenen Vorwürfe eines überparteilichen Ausschusses durch einen Reichstagsausschuß untersuchen lassen wollte. Zufällig wäre der Vorsitz dieses neuen Ausschusses dem Demokraten jugesfallen, die ihn aber wegen des jugesbürgertums des Reichswehraministers zu ihrer Partei ablehnten. Er soll nun an den Abgeordneten Emminger von der Württembergischen Volkspartei gehen. Bei der Besprechung des Umfangs der Untersuchung wurde zunächst festgestellt, daß sie sich nicht lediglich auf die im Reichstag zur Sprache gebrachten Fälle beschränken sollte. Das war auch keineswegs die Absicht der demokratischen Antragsteller gewesen. Wie Reichswehraminister Dr. Gessler ganz richtig erklärte, sollen vielmehr alle Fälle, die den Ausschussmitgliedern wichtig erscheinen, in die Prüfung einbezogen werden. Dabei müssen nur zwei Grenzen gezogen werden: der Reichswehraminister muß dem Reichstag gegenüber für die zu untersuchenden Fälle die Verantwortung tragen und die Vorwürfe können sich nur auf die Zeit bis zum Zusammenbruch des Ausschusses erstrecken. Würden diese beiden Grenzen unbeachtet gelassen, so würde eine unabsehbare Fülle von Material entstehen, das der Untersuchungsausschuß überhaupt nicht bewältigen könnte, und es würde kein Ende der Tätigkeit des Ausschusses abzusehen sein. Da er aber natürlich kein Dauerausschuß sein kann, weil das mit der Verfassung und dem parlamentarischen System gänzlich im Einklang zu bringen wäre, und da er möglichst schnell und möglichst gründlich arbeiten soll, um der ewigen Beunruhigung entgegenzuwirken, so erscheint die sachliche und zeitliche Begrenzung der Untersuchungstätigkeit selbstverständlich. Minister Gessler hat auch ausdrücklich erklärt, daß ihm eine gründliche Untersuchung überaus willkommen sei. Man kann nur wünschen, daß der neue Ausschuß rücksichtslos und schnell vorgeht und seine Ergebnisse alsbald der Öffentlichkeit unverzerrt.

### Die Affäre Obercassel. Zwei Belgier als Täter.

Aus Brüssel wird dem *Matin* gemeldet: Oberst Magee, der vom belgischen Justizministerium mit einer Sachverständigenprüfung der bei dem Mord in Obercassel gefundenen Munition betraut wurde, hat folgenden Gutachten abgegeben: Die Patronenhüllen, wie sie in der Straße gefunden wurden, stammen aus einer Pistole System Colt, die Sergeant Stas in der Hand hielt. Die Kugel, die an Ort und Stelle gefunden wurde, war aus einer Pistole gleichen Kalibers abgefeuert worden, wie die, die dem Sergeanten gehörte. Die Schlussfolgerungen gestatten daher mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit festzustellen, daß der Sergeant, der in sehr aufgeregtem Zustande das Kasse überlassen hatte, versehentlich seinen Revolver abgefeuert hat, um sich gegen einen möglichen Angriff zu sichern, und daß er dadurch zweifellosh den Posten getroffen hat. Als er dann die Folgen seiner Unvorsichtigkeit erkannte und sich keiner Verantwortung bewußt wurde, hat er dann wahrscheinlich die Waffe gegen sich selbst gerichtet.

Dernier heure, die auf eigene Kosten eine Untersuchung über den Mord in Obercassel anstellte, bestätigt, daß die Schilddrüse vorsätzlich oder durch ein Unglück von dem Sergeanten getroffen worden ist, der darauf Selbstmord verübte. Nationale Belge sagt: Warum diese Uebereilung im Anfang, während man drei Tage später zurückziehen muß? Warum schlug beim Empfang des Berichtes Jaspas auf den Tisch und verlangte sofort von Landsberg, dem deutschen Gesandten, Entschädigung und Entschuldigung, wenn er später zugeben muß, daß man sich geirrt hat? Ihre belgische schreibt, daß die Regierung bereits am Montag die neue Wendung der Dinge kannte. Nach den von Deutschland geforderten Entschuldigungen kommt die Regierung, so

sagt das Blatt, in eine unangenehme Lage. Standard sagt für die rheinischen deutschen Aktivisten vom Schlagschmerz und die nationalen Chauvinisten Belgien ist der Tod dieser beiden armen Soldaten eine ausgezeichnete Gelegenheit gewesen, um den Haß wieder zu schüren und ihre eigenen Pläne zu verwirklichen. Für die rheinischen Separatisten war sie eine Gelegenheit, um ihre Krisenherd den alliierten Behörden für Mahrgeld anzubieten, welche ihrem Pläne zustatten kommen konnten. Die Lösung des Dramas ist so heillos wie das Drama selbst.

### Die heikle Abrüstungsfrage vor dem Völkerbund.

In Genf bemüht sich augenblicklich der französische Vertreter der Welt einzureden, kein Land habe größeres Interesse an der Abrüstung als Frankreich. Leider habe es sich nicht das Recht zur Abrüstung, sonst wäre es schon längst damit begonnen haben. Nicht die Abrüstungsbeschränkung, sondern die Herstellung gegenseitiger Garantien gegen Ueberfälle und Angriffe müsse den Anfang bilden, man müsse also mit der moralischen Abrüstung beginnen. Diese ganz ungläublichen Darlegungen des Franzosen waren die Antwort auf die vier Abrüstungsvorschläge des englischen Delegierten: mindestens einmal jährlich Erhebungen bei den Regierungen nach dem Stand ihrer Militärausgaben und den durchgeführten Abstrichen zu veranstalten, statistisches Material zu sammeln, die Washingtoner Militärkonvention auf alle noch nicht beteiligten Regierungen auszuweiten und auf einer internationalen Konferenz Einsparungen des privaten Waffenhandels und der Waffenfabrikation zu vereinbaren. Aus der französischen Antwort läßt sich klar erkennen, daß die Abrüstungsfrage vom Völkerbund sicher nicht gelöst werden wird, solange französischer Einfluß dort dominiert.

### Kleine politische Meldungen.

**Teuerungsmassnahmen.** — Verbot der Herstellung von Starkbier. Um eine unzweckmäßige Verwendung von Zucker, Gerste und Obst zu unterbinden, hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Verwendung von Inlandzucker zur Herstellung von Schokolade, Süßigkeiten, Brannwein, Likör und Schaumwein, die Herstellung von Starkbier, sowie die Herstellung von Branntwein aus Obst verboten. Hauptsächlich scheidet der gute Wille der Regierung nicht daran, daß die Produzenten Hintertüren finden, um durch die Verordnung durchzuschlüpfen.

**Die Frage des Reichsbetriebsrätekongresses.** Die Absicht der Kommunisten, einen Reichsbetriebsrätekongreß einzuberufen, ist in der Generalversammlung der Berliner Betriebsräte mit 158 gegen 125 Stimmen abgelehnt worden. Angenommen wurde der freigewerkschaftliche Antrag, nach dem eine Vertreterschaft diskutable Grundzüge für einen solchen Kongreß schaffen sollte. Die Kommunisten wollen nun selbständig vorgehen, doch dürfte eine solche Sonderaktion keinen großen Erfolg haben.

**Rechts wie links.** Der Hauptmann Römer vom Bayerischen Bund Oberland wurde zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, weil er einige Bundesmitglieder aufgefordert hatte, ein Autombil mit Ausländern zu überfallen und zu berauben. Rechtskonservativen und Linkskonservativen sind in der Wahl ihrer Mittel gleich wenig wählerisch.

**Das Verlangen nach dem Rheinstaat.** Der frühere Minister Senator Vesnard hielt in Tours eine Rede in der er u. a. sagte, das französische politische Programm müsse folgende zwei Punkte umfassen: 1. die allgemeine Herabsetzung der interalliierten Schulden und 2. die Steigerung der Sachlieferungen. Er begrüßte warm das Abkommen von Brest-Litovsk und den zwischen Lubersac und Stinnes abgeschlossenen Vertrag und warf am Schluß die Frage auf, ob nicht der Augenblick gekommen sei, einen unabhängigen rheinischen Staat zu schaffen, der die Sicherheit Frankreichs am Rhein herstellte und damit die Herabsetzung des französischen Militärbudgets erlaube würde. Dann würde die Aufnahme einer internationalen Anleihe durch Deutschland möglich sein.

**Der Sieg der Türken** hat unter den mohammedanischen Untertanen Großbritanniens große Begeisterung erregt, die namentlich die Gärung in Indien und Mesopotamien zu verstärken geeignet ist. Die Kemalisten benutzen diese Begeisterung der englischen Regierung, um ihren Anspruch auf Adrianopel und die türkische Souveränität über Konstantinopel

hart zu betonen. Dagegen scheint Frankreich bereit zu sein, sich mit England über die Fragen des nahen Ostens zu verständigen, wobei immer zu beachten ist, daß Deutschland einen großen Teil der Lasten tragen muß.

### Von Stadt und Land.

Am 18. September 1922.

**Geldknappheit in Wien.** Durch die fliegende Reichsbank wird uns mitgeteilt, daß die Geldknappheit in ganz Deutschland so groß ist, daß es wohl auch in dieser Woche kaum möglich sein wird, Geldhüter und Adressen in voller Höhe auszugeben. In Berlin sind gezielte Schritte unternommen worden, diesen Uebelstand zu beseitigen. Um dem Mangel an Zahlungsmitteln aber zur Zeit abzuwehren, hat sich unsere Industrie bereit erklärt, der Schwierigkeit dadurch Herr zu werden, daß sie auf ihre Banken oder die Gemeindegeldkassen Schecks ausstellt, die „Nur zur Verrechnung“ lauten. Diese Schecks werden nicht bar ausgezahlt, sondern werden bei Vorlegung bei der Bank verrechnet, das heißt, vom Bankkonto abgebucht; sie sollen das Papiergeld ersetzen und erfüllen auch bei Lohnzahlungen denselben Zweck wie das Papiergeld. Denn alle Geschäfte, bei denen Lebensmittel und andere Gebrauchsgüter eingekauft werden, werden diese Schecks ebenso wie das Papiergeld anstandslos entgegennehmen. Denn Deckung für diese Schecks ist bei den Banken vorhanden. Wie allgemein bekannt ist, ist die Reichsbank die Geldquelle aller Banken. Kann die Reichsbank Lohngehälter nicht voll auszahlen, können es die Banken auch nicht. Es ist also völlig zwecklos, bei einer prozentualen Zuteilung von Lohngehältern durch die Reichsbank an die Banken, sich außerdem noch um weitere Abhebungen an die Reichsbank oder eine weitere Bank zu wenden; denn die Reichsbank gibt als Geldquelle alle ihre Bestände restlos für Gehalts- und Lohnzahlungen her. Schuld an der Geldknappheit ist die schnelle Entwertung unserer Mark, was Schuld der 10 tägige Streik in der Reichsdruckerei und die unglückliche Hamsterrei von Papiergeld, nicht etwa durch die Banken, sondern durch gewissenlose Personen, die damit die schwere wirtschaftliche Lage heraufbeschworen haben. Jeder kann beitragen, der Geldnot Herr zu werden, wenn er alles überflüssige Geld sofort zu seiner Bankverbindung trägt. Jeder von uns hat viel zu viel Geld zu Haus liegen oder in der Geldtasche bei sich. Wir müssen zum bargeldlosen Zahlungsverkehr zurückkehren, sonst ist jeder Versuch, die Teuerung zu bekämpfen, vergeblich. Wer heute Geld hamstert und größere Beträge bar behält, trägt zur Teuerung bei und schädigt sich selbst und seinen Nächsten. Es können sich große Teile des Publikums besonders auf dem Lande, immer noch nicht an den bargeldlosen Zahlungsverkehr gewöhnen. Wer Bargeld hamstert, der möchte an den öffentlichen Pranger gestellt und sein Name öffentlich bekanntgegeben werden. Noch ist es Zeit, zur Vernunft zurückzukehren, unser Papiergeld ist leider nicht mehr viel wert, wer es zu Haus anhäuft, sammelt von Minute zu Minute schmerzlichere Werte; bringt er es aber wieder in Umlauf, macht er das Papiergeld wertvoller. — Die fliegende Reichsbankstelle teilt uns kurz vor Schluß der Redaktion noch mit, daß die Reichsbankdirektion wohl in der Lage gewesen wäre, der allgemeinen Geldknappheit Herr zu werden, wenn nicht die interalliierte Rheinlandkommission an das Reichsbankdirektorium die dringende Aufforderung gerichtet hätte, sofort 500 Millionen Papiergeld als Zahlungsmittel in das besetzte Gebiet zu schicken. Wäre die Sendung nicht erfolgt, hätte die interalliierte Kommission mit Repressalien gedroht und sie auch angewendet.

**Gründerwerb- und Umsatzsteuer.** Der 1. Oktober wird für Sachsen eine nicht unwichtige Neuerung auf dem Gebiete der Gründerwerb- und Umsatzsteuer bringen. Um dem von der Reichsabgabenumordnung gelehten Ziele der einheitlichen Verwaltung aller Reichsteuern durch die Reichsfinanzbehörden näher zu kommen, wird an diesem Tage die Verwaltung der Gründerwerbsteuer und der Umsatzsteuer, soweit sie bisher den sächsischen Gemeindebehörden oblag, auf die Finanzämter übergeführt. Nur in Dresden, Chemnitz, Leipzig und Plauen werden beide Steuern — in Anbetracht allein die Umsatzsteuer — noch weiter von den Stadträten verwaltet, da

### Baroness Claire.

Original-Roman von M. Herzberg. Amerikan. Copyright 1920 by Lit. Bur. M. Lincke, Dresden 21. (17. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Sie wußte gar nicht, wie sie aus dem weltläufigen Gedächtnis wieder hinaus auf die Straße gelangt war. Ihr Kopf war so voll von dem eben Erlebten, daß sie mechanisch immer geradeaus weiter und weiter ging, ohne des Weges zu achten. Da auf einmal kamen hastige Schritte hinter ihr her, und gleich darauf trat der unangenehme Mensch, der sie im Gerichtsgebäude so abgestoßen, dicht an ihre Seite.

„Gute mit Schmerzen auf gnädiges Fräulein gewartet — gestatten doch, daß ich Sie begleite.“  
Claire erschraf, dann blieb sie stehen, ihn mit vernichtendem Blick stumm messend. Da trötte er sich langsam, verlegen vorsehend. In ihrer Aufregung ließ sie nun förmlich vorwärts, als wäre er ihr noch auf den Fersen. Nach und nach wurde sie ruhiger, und sehr merkte sie auch, daß sie in falscher Richtung gegangen.

Umwendend gewahrte sie in bereits sehr beträchtlicher Entfernung hinter sich das große, rote Kriminalgebäude. Sie hatte keine Wohnung, in welcher Gegend sie sich befand. Sie fragte die erste ihr begegnende Frau und wurde belehrt, daß sie am Westert Bahnhof, dicht vor der Wipfelfabrik angelangt sei. Ihre kleine Uhr zeigte auf drei. Unglaublich, wie die Zeit entschwinden! Mittag war längst vorüber. Doch Claire schützte in dem Gemütszustand, in dem sie sich befand, kein Bedürfnis, zu essen. Nach kurzer Ueberlegung nahm sie sich vor, den heillosen Gang nach der Markgrafen-

straße sobald als möglich zu tun, um ihn hinter sich zu haben. Es graute ihr unbeschreiblich davor, noch einmal mit der Frau, die sie so höhnisch abgewiesen, zu verhandeln; aber ihr gutes Herz, das das Mitleid mit dem unglücklichen Gefangenen drängte, sie trotzdem, seinen Wunsch zu erfüllen. „Was du tun willst, tue doch!“ Dies war von jeher ihr Grundsatz gewesen und hatte schon manche folgenschwere Veräumnis verhütet. Wer weiß auch, was ihr in den nächsten Tagen dazwischen kam.

Auf ihrer Fahrt, die sie über den Königsplatz, am Bismarckbrunnen und -denkmal, am Reichstagsgebäude und dem imposanten Brandenburger Tor vorbei durch den im bunten Herbstschmuck drangenden Tiergarten zum Potsdamer Platz und weiter führte, vergaß Claire fast ganz ihre unangenehme Mission. Gestern und auch vorher bei ihrer Fahrt, noch ganz benommen von dem plötzlichen Wechsel ihrer Verhältnisse, in der Aufregung von der Begegnung mit ihrem Stiefvater, hatte sie kaum Zeit und Gelegenheit gehabt zu eingehender Würdigung des flüchtig Geschauten. Aber nun, im hellen Sonnenschein, unter der heiteren Himmelsbläue eines unergleichtlich schönen Herbsttages, schien ihrem lebhaften, einbruchsartigen Geistes die Pracht Berlins schier überwältigend. Ja, hier in dieser wunderbaren Stadt mußte es sich gut leben lassen! Claire glaubte bei den Menschen brauchen, die anheimelnd eifrig, geschäftig und selbstbewußt ihrer Tätigkeit, ihren Berufen nachgängen, nur Bessere, zu lebendiger, arbeitsfreudiger Mienen zu sehen. Auch die Fahrgäste im Wagen um sie herum, die sie unter solcher Voraussetzung musterete, die Damen und Frauen mit einfachen Tüchchen, Paketen, Koffern ausgerüstet, die Herren lesend, rechnend, in Dokumenten, Altem Blättern, die Angehörigen und Arbeiter mit

ihren Instrumenten, Werkzeugen, Kasten, sie schienen sämtlich nützlich wirkend, ruhiger, gedulder im Schatz und Dienste ihres Erwerbes zu sein. Tröstlich und verheißungsvoll war der jungen Fremden diese Wahrnehmung. Ihre gebräunten Hoffnungen hoben sich wieder. Warum sollte ihr, die von gleicher Arbeitslust, von gleichem Talentum besetzt war, diese große, vielköpfige schaffende Stadt nicht auch einen passenden Erwerb, eine auskömmliche Existenz geben können.

Freilich legten schon die nächsten Ergebnisse wieder gründlichen Mitleid auf die Blätter ihrer neugestiegenen Hoffnung.

Sie hatte des Barons frühere Wohnung, nachdem sie sich noch verschiedene Male zurechtgefunden, von neuem erreicht und sagte dem stummenden Mädchen, daß sie Frau Schobert im Namen des Barons zu sprechen wünsche. Kurz darauf erschien die Dame in der auffallenden gelben Haarfrisur. Ihr Gesicht verließ Claire nichts Gutes.

„Ach, da sind Sie ja wieder! Nun, was wollen Sie?“

Claire schwang sich zu zudigem Sprechen: „Ich komme, wie ich schon durch das Mädchen sagen ließ, im Auftrage des Barons Schilb zu Brandenbuck. Er hat mich, seine Tochter, ersucht, ihm einiges von seinen Taktikenutensilien zu bringen. Wenn Sie das besorgen könnten, möchte ich.“

„Nein, ich gestatte nichts!“ unterbrach die Frau sie hart. „Sein Erbe von ihm geht voraus, ehe er seine Taktiken nicht bezahlt! Ich habe ein, was noch da ist, um mich schuldig zu halten. Bestellen Sie ihm das schone Tochter!“

„Was soll das heißen?“ rief Claire empört. „Was soll's heißen!“